

Chinas Weg in die Moderne

Von Dagmar Lorenz, © MoneyMuseum

Rauchende Fabrikschlote, sprunghaftes Wachstum von Industrie, Handel und Konsum – das sind Kennzeichen der westlichen Moderne seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Ganz anders in China: Hier war der Aufbruch in ein neues Zeitalter nicht an die Zeichen des Aufschwungs, sondern an jene des wirtschaftlichen Niedergangs geknüpft. Und nicht die Entwicklung der Industrie stand hier am Anfang der Moderne, sondern der Handel mit Rauschgift. Als Dealer betätigten sich englische Kaufleute, die den chinesischen Markt mit zumeist indischem Opium überschwemmen.

Der Opiumhandel als «Türöffner»

Trotz kaiserlichen Verbots stieg der Import von Opium in den 30er-Jahren des 19. Jahrhunderts sprunghaft an. Da die chinesischen Käufer für Opium mit Silber zahlten, kam es zu einer ständig steigenden Ausfuhr dieses für die chinesische Volkswirtschaft bedeutenden Metalls – was neue wirtschaftliche Probleme hervorrief. Um den Handel zu unterbinden, liess die chinesische Regierung die englische Niederlassung vor den Toren Kantons blockieren und erzwang die Herausgabe der dort lagernden Opiumvorräte – ein Vorfall, den die britische Regierung im Jahre 1839 zum Anlass nahm, die «Öffnung» chinesischer Häfen für westliche Importwaren mit dem Einsatz von Kanonenbooten durchzusetzen. Dieser erste der so genannten «Opiumkriege» endete 1842 mit dem Vertrag von Nanking. Er war der erste einer Reihe von «ungleichen Verträgen», die dem militärisch unterlegenen chinesischen Reich fortan so genannte Reparationszahlungen, die Abtretung von Rechten und Territorien, aufnötigten. In den folgenden Jahrzehnten sicherten sich die militärisch und technologisch überlegenen Grossmächte Frankreich, Grossbritannien, Russland, Deutschland und Japan Einflussgebiete, Handelsstützpunkte und Bodenschätze in den Regionen des chinesischen Reiches.

Der Untergang einer Welt

Die Degradierung der einstigen asiatischen Grossmacht zu einer halbkolonialen Verfügungsmasse erschütterte vor allem das kulturelle Selbstbewusstsein der gebildeten Elite Chinas.

Seit jeher hatte sich das «Reich der Mitte» nicht als eine Zivilisation unter anderen betrachtet, sondern als die einzige Zivilisation überhaupt, mit einem Regenten an der Spitze, der sein Mandat, nach altchinesischer Auffassung, vom Himmel erhalten hatte und sein Reich mit Hilfe einer Beamtenhierarchie beherrschte. Seit dem Jahre 221 v. Chr. hatte dieses Reich über 25 Kaiserdynastien hinweg bestanden und seine Zivilisation in sämtliche benachbarten ostasiatischen Kulturen «exportiert». Nun, da es sich mit einem technologisch überlegenen Gegner konfrontiert sah, offenbarte dieses System in beschämender Weise seine Schwäche.

Das Ende des Kaiserreiches und die verhinderte Republik

Um diese Schwäche zu überwinden, hätte es grundlegender Reformen bedurft. Aber die kaiserliche Mandschu-Regierung unter der Herrschaft der Kaiserinwitwe Cixi, welche die Regentschaft für den noch unmündigen Kindkaiser Pu Yi übernommen hatte, erwies sich als unfähig, den Herausforderungen der Moderne zu begegnen. Auch Bauernaufstände wie die Taiping-Rebellion (1850–1864) und der Boxeraufstand des Jahres 1900 änderten daran nichts. Eine Militärrevolte im Herbst 1911 führte zur Gründung einer Republik China. An ihre Spitze wurde der ehemalige Exilpolitiker Dr. Sun Yat-sen berufen. Nach der offiziellen Abdankung des Kaiserhauses (1912)

stellte es sich freilich heraus, dass die reale politische Macht nicht bei den von westlichen Demokratievorstellungen beeinflussten Intellektuellen der von Sun Yat-sen gegründeten Guomindang-Partei lag, sondern in den Händen lokaler Militärmachthaber, den Warlords. Deren machtpolitische Rivalitäten sorgten fortan für eine permanente bürgerkriegsähnliche Situation, die auch die Kommandeure der bürgerlichen Guomindang-Partei auf ihrem so genannten «Nordfeldzug» nicht befrieden konnten. All dies trug zur fortschreitenden Verelendung vor allem der bäuerlichen Landbevölkerung bei.

Chinas «roaring twenties»

In einigen der grossen Städte Chinas waren gleichwohl Modernisierungstendenzen erkennbar. Neben dem Handel entstand hier eine – meist von ausländischem Kapital kontrollierte – industrielle Produktion sowie eine Schicht industrieller Lohnarbeiter, deren politische und gewerkschaftliche Organisation die 1921 in Shanghai gegründete Kommunistische Partei Chinas übernahm. Shanghai, eine Stadt mit internationalem Flair, die in mehrere ausländische Sektionen unterteilt war, wurde zum kulturellen Zentrum dieser Jahre: Hier wurden die sozialen Gegensätze auf brutale Weise sichtbar. Hier lebten aber auch Chinas prominente Schriftsteller, die westliche Ideen popularisierten und zur Entwicklung der modernen chinesischen Schriftsprache beitrugen. Und hier entwickelten sich die Anfänge der chinesischen Filmindustrie.

Die Kommunistische Partei: Ihr Erfolg aus der Niederlage

Im Shanghai der 20er-Jahre erlebte die Kommunistische Partei Chinas eine ihrer grössten Niederlagen. Im Jahre 1927 zerbrach ihr ursprünglich gegen die Warlords geschlossenes Militär-Bündnis mit der von Sun Yat-sens Schwiegersohn Chiang Kai-Shek geführten Guomindang-Partei. Chiang Kai-Shek, der seine Regierung in Nanking gebildet hatte, zerschlug die kommunistische Basis in den chinesischen Städten fast vollständig mit Hilfe des «weissen Terrors». Es kam zu Massakern an Gewerkschaftlern, aufständischen Arbeitern, Frauen und Kindern: ein schockhaftes Ereignis auch für die linksgerichteten Intellektuellen Europas, das seinen literarischen Niederschlag in einem Bestseller jener Jahre, dem Roman «La condition humaine» (dt.: «So lebt der Mensch») von André Malraux, fand.

Die Niederlage der von Moskau unterstützten kommunistischen Partei Chinas schien vernichtend zu sein – und führte zu einer folgenreichen Änderung der politischen Strategie: Nicht die Städte mit ihrer Industriearbeiterschaft sollten von nun an im Mittelpunkt kommunistischer Agitation stehen, sondern die Bevölkerung auf dem Lande.

Der «Lange Marsch»: Ein Fluchtweg

Dass auch dies beinahe zum Scheitern geführt hätte, belegt der in späteren Jahren zur Erfolgsgeschichte hochstilisierte legendäre «Lange Marsch». Nur in den unwegsamen ländlichen Bergregionen war es einigen KP-Kommandeuren, darunter auch dem Bauernsohn und Mittelschullehrer Mao Zedong, gelungen, mit ihren Truppen zu überleben. Als sich der Belagerungsring der Guomindang-Armee um deren Stützpunkt in Jiangxi immer enger zuzog, durchbrachen sie 1934 in einer militärischen Verzweiflungsaktion die Blockade. Eine gigantische Flucht nahm ihren Anfang: Von den ursprünglich 80'000 kommunistischen Partisanen erreichten – nach 12'000 Kilometern Fussmarsch, dem «Langen Marsch» – lediglich rund 8000 im Herbst 1935 die im Nordwesten gelegene Provinz Shaanxi mit der Stadt Yenan, wo sie eine neue Räterepublik gründeten. Für die Führungsmannschaft um Mao Zedong und Zhou-Enlai wurde Yenan somit zum Prototyp kommunistischer Verwaltung.

Japanische Besetzung und Zweiter Weltkrieg

Schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sich Japan als besonders aggressive Besatzungsmacht in China erwiesen. Bereits 1932 errichtete die neue fernöstliche Grossmacht einen Satellitenstaat in der Mandschurei und setzte den letzten Kaiser Chinas, Pu Yi, als Marionetten-Regenten ein. Ab 1937 rückten japanische Truppen in den Süden und Osten Chinas vor und eroberten Nanking, die Hauptstadt der bürgerlichen Guomindang-Regierung. Das anschliessend von japanischen Truppen an wehrlosen Zivilisten verübte «Massaker von Nanking» zählt zu den scheusslichsten Kriegsverbrechen der Gegenwart. Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour und dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten bildeten die Guomindang und die KP Chinas zeitweise eine antijapanische Einheitsfront. Der Konflikt zwischen den beiden Parteien flammte jedoch wieder auf, nachdem Japan sich nach der Kapitulation von 1945 aus China zurückgezogen hatte.

Die Gründung der Volksrepublik China

Von 1947 bis 1949 währte der Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten Parteien, an dessen Ende der Sieg der Kommunistischen Partei stand. Dazu beigetragen hatte die Unterstützung, die Maos Partisanen von der bäuerlichen Bevölkerung erfuhren. Und diese wiederum war zurückzuführen auf die Disziplin der kommunistischen Truppen, deren Kommandeure keine Plünderungen duldeten und ihre Soldaten anhielten, den Bauern – etwa bei Ernteeinsätzen – sogar noch zu helfen. All dies unterschied sich augenfällig von dem Bild, das die Soldaten der wirtschaftlich maroden Regierung Chiang Kai-Sheks abgaben. Chiang und die Guomindang-Kommandeure flohen mit den Resten ihrer Truppen auf die Insel Taiwan, wo – mit amerikanischer Hilfe – eine autokratisch geführte «Republik China» entstand.

Mao Zedong hingegen proklamierte am 1.10.1949 in Peking die neue Volksrepublik China.

Die frühen Jahre der VR China

Die 50er-Jahre waren aussenpolitisch geprägt von Chinas Eintritt in den Koreakrieg (1950/51) einerseits und der Anlehnung an die Sowjetunion andererseits. Im Inneren betrieb die kommunistische Partei die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine zusehends rigidere Unterdrückungspolitik gegenüber den Intellektuellen («Hundert Blumen Kampagne»). Der Umverteilung des Bodens an die so genannten «armen Bauern» (1951–56) schloss sich die Einrichtung von Volkskommunen an (1958). Massenkampagnen, wie der «Grosse Sprung nach vorn», der China innerhalb kurzer Zeit zur Industrienation machen sollte, endeten im wirtschaftlichen Debakel und in einer Hungersnot, die zwischen 1959 und 1962 geschätzte 20 Millionen Menschenleben forderte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärften sich noch, als sich 1960 der politische Bruch mit der Sowjetunion abzeichnete und die sowjetischen Technik-Experten gleichsam über Nacht das Land verliessen.

Zwischen Terror und aussenpolitischer Entspannung

Machtkämpfe innerhalb der Parteiführung, die drohende Entmachtung Mao Zedongs und die Propaganda-Aktionen von dessen dritter Frau, Jiang Qing, führten im Jahre 1966 zur «Grossen Kulturrevolution». Sie fand ihre Anhänger vor allem unter einer aufgeputschten jugendlichen Schüler- und Studentenschaft in den Städten, die ihre Lehrer, Parteikader, aber auch prominente Wissenschaftler und Schriftsteller grausam terrorisierten. Eine ganze Generation von Jugendlichen

wurde aus den Schulen geholt und zu körperlicher Arbeit in ländliche Gebiete geschickt. Durch die ständigen Kampagnen der radikalen Wortführer drohte das Land im Chaos zu versinken. Erst nach 1969 beruhigte sich die Situation. Vorsichtige Kontakte mit den Vereinigten Staaten (1972 besuchte US-Präsident Nixon China) deuteten auf eine zaghafte aussenpolitische Öffnung Chinas hin. Nach dem Tode Mao Zedongs im Jahre 1976 liess Maos Nachfolger Hua Guofeng schliesslich die kulturrevolutionäre «Viererbande», darunter auch die Mao-Witwe Jiang Qing, verhaften.

«Enrichissez vous!»: Chinas zweite Moderne

Der einst entmachtete Parteikader Deng Xiao Ping profilierte sich Ende 1978 als Chinas neuer Führer, der eine Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft einleitete. Seit den 80er-Jahren öffnet sich China in einem seit 1949 nie gekanntem Ausmass westlichen Waren und Investitionen. Deng Xiao Ping brach alte kommunistische Tabus, forderte offen das freie Unternehmertum, ermutigte Investoren aus dem Ausland – und aus Taiwan –, in einigen zu «Sonderwirtschaftszonen» erklärten Küstenregionen Chinas (z. B. Shenzhen) Produktionsstätten zu errichten, und förderte die Gründung einer Börse: ein Kurs, der auch von seinen Nachfolgern beibehalten wird.

China und die Menschenrechte

So liberal sich jedoch der von der KP Chinas geführte Staat in wirtschaftlicher Hinsicht gebärdet: Die Forderung seiner Bürger nach politischen Freiheiten ist nach wie vor lebensgefährlich, wie das Tiananmen-Massaker des Jahres 1989 zeigte, als chinesische Studenten sich auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking versammelten, um Demokratie zu fordern. Während Taiwan – das von der VR China als «abtrünnige Provinz» betrachtet wird – im Verlaufe der vergangenen zehn Jahre demokratische Strukturen mit freien Wahlen entwickelt hat, ist die Inhaftierung von Regimegegnern, die Unterdrückung freier Gewerkschaften und das Vorgehen gegen bestimmte religiöse Gruppen (Falun-Gong-Sekte) auf dem chinesischen Festland an der Tagesordnung. Kritik wird auch immer wieder an der Tibetpolitik Chinas, der exzessiv praktizierten Todesstrafe und am Fehlen einer unabhängigen Justiz geäussert.

China: Eine Nation in der Zerreisprobe?

Solche Kritik allerdings ist vor der Kulisse massiver innenpolitischer Probleme zu betrachten.

- Der boomenden Wirtschaft in den Städten der südlichen Küstenprovinzen steht die Verarmung der weniger entwickelten ländlichen Regionen – etwa im Norden – gegenüber, wobei die wohlhabenden Regionen Chinas dazu tendieren, sich von der Zentralmacht abzukoppeln.
- Die sozialen Probleme nehmen zu. Wanderarbeiter aus den armen Regionen ziehen illegal in die Städte. Dazu gesellen sich die übrigen Arbeitslosen, die – meist ohne soziale Absicherung – aus ehemaligen, unrentablen Staatsbetrieben entlassen wurden. Es fehlt ein staatliches Sozialsystem mit Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung.
- Das Auseinanderdriften der chinesischen Gesellschaft macht sich auch auf nationaler Ebene bemerkbar: Unabhängigkeitsbestrebungen unter Minderheitenvölkern, wie etwa den Uiguren, gewinnen an Brisanz durch die Tatsache, dass es sich hier um islamisch geprägte Regionen an der Grenze zur ehemaligen Sowjetunion handelt.

Fazit

Die kommunistische Regierung hat in den letzten Jahren vor allem aussenpolitische Prestigeerfolge erzielt wie etwa die «Rückkehr» der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong (1997) oder den Beitritt Chinas zur WTO. Doch ihre – ohnehin längst brüchige – Legitimität in den Augen der eigenen Bevölkerung kann sie nur dann retten, wenn sie weiterhin für überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum sorgt. Ob dies aber angesichts der angespannten Weltwirtschaftslage ein realistisches Ziel ist, bleibt fraglich.